

EINE NEUE RUNDE DER EU-ERWEITERUNG: WIRD MOLDAWIEN ZU EINER ERFOLGSGESCHICHTE?

Während die Europäische Union ihre Politik in Vorbereitung auf eine neue Erweiterungsrunde anpasst, sind die Beziehungen zwischen Moldawien und der Europäischen Union (EU) in eine neue Entwicklungsphase eingetreten. Natalia Stercul (Außenpolitische Vereinigung der Republik Moldau) analysiert die Situation.

Die Republik Moldau hat Reformen durchgeführt, die Bedingungen erfüllt und die für den EU-Beitritt erforderlichen Verfahren abgeschlossen – all das in einem beschleunigten Tempo. Die Europäische Kommission hat die Fortschritte Moldawiens im Jahr 2025 im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses positiv bewertet. Dies gibt Anlass zu der Annahme, dass 2026 ein entscheidendes Jahr für die Umwandlung des technischen Fortschritts in nachhaltige Reformen auf der Grundlage demokratischer Werte und der Rechtsstaatlichkeit sein könnte. Eine solche Transformation erfordert sowohl die Fortsetzung des derzeitigen Tempos der Reformumsetzung auf der Grundlage der etablierten Cluster als auch eine Verbesserung der qualitativen Indikatoren für den Transformationsprozess. Die erforderlichen Anstrengungen gehen weit über die bloße Erfüllung technischer Anforderungen hinaus. Gleichzeitig hat Moldau nun die Möglichkeit, sowohl die Dynamik der europäischen Integration innerhalb der festgelegten Zeitpläne zu beschleunigen als auch sich selbst zu einer Erfolgsgeschichte unter den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu machen.

Zusammenarbeit zwischen Moldau und der EU unter den Bedingungen einer beschleunigten europäischen Integration

Die herzlichen Beziehungen zwischen Moldau und der Europäischen Union tragen zur Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses bei, der zum Teil durch die starke politische Unterstützung der EU für die von Moldau durchgeführten Reformen sowie durch die finanzielle und technische Hilfe der EU geprägt ist. Die EU ist Moldawiens wichtigster Handelspartner. Im Jahr 2024 beliefen sich die moldawischen Exporte in die EU auf 2.392,4 Millionen US-Dollar (9,6 % weniger als 2023) und machten 67,3 % der Gesamtexporte des Landes aus. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 beliefen sich die Ausfuhren in die EU auf insgesamt 1 788,8 Mio. USD (2,5 % mehr als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2024) und machten 68,1 % der Gesamtausfuhren aus. [\[1\]](#) EU-Maßnahmen zur vorübergehenden vollständigen Handelsliberalisierung für moldauische Agrarerzeugnisse (die 2022 als Zeichen der Solidarität im Zusammenhang mit der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine eingeführt und anschließend bis zum 24. Juli 2025 verlängert wurden) erleichterten die Ausfuhren und erweiterten den Zugang moldauischer Erzeuger zum europäischen Markt.

Die EU hat außerdem in Krisenzeiten besondere Unterstützungsmaßnahmen für Moldau mobilisiert. Dazu gehören: direkte Budgethilfen in Höhe von 240 Millionen Euro für die am stärksten benachteiligten Verbraucher in der Energiekrise; humanitäre Hilfe im Wert von über 66 Millionen Euro zur Unterstützung schutzbedürftiger ukrainischer Flüchtlinge und ihrer Gastfamilien in Moldau; sowie Investitionen in Moldau im Wert von über 32

Millionen Euro im Zusammenhang mit der Initiative „Solidarity Lanes“, die zur Sicherung der Lieferketten und der Ernährungssicherheit beiträgt. [2]

Moldau seinerseits hat seine Verpflichtungen konsequent erfüllt und auf seinem Weg zur EU-Mitgliedschaft stetige Fortschritte erzielt. Dies hat dem Land zusätzliche Möglichkeiten eröffnet. So ist es der Republik Moldau beispielsweise gelungen, am 6. Oktober 2025 dem einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) beizutreten. Im ersten Monat nach dem Beitritt des Landes zum SEPA stieg das Transaktionsvolumen von und nach Moldau um 300 Millionen Euro und überstieg insgesamt 1,3 Milliarden Euro. [3] Die SEPA-Mitgliedschaft bringt bereits greifbare Vorteile mit sich: Die direkten Einsparungen bei den mit diesen Transaktionen verbundenen Überweisungsgebühren belaufen sich auf etwa 1,4 Millionen Euro. [4]

Die positive Dynamik der strategischen Zusammenarbeit zwischen Moldau und der EU wurde durch den rechtzeitigen und erfolgreichen Abschluss des Screening-Prozesses, die positive Bewertung der Reformfortschritte Moldaus durch die Europäische Kommission (vorgestellt im Länderfortschrittsbericht 2025) und die daraus resultierende Möglichkeit, drei Verhandlungskluster zu eröffnen, erheblich verstärkt. Dies stellt zweifellos einen wichtigen Durchbruch für Moldau dar, trotz der vielfältigen internen und externen Herausforderungen, denen das Land auf diesem Weg weiterhin gegenübersteht.

Der Erfolg Moldawiens auf seinem Weg nach Europa sendet ein wichtiges Signal an andere Länder der Östlichen Partnerschaft, da er zeigt, dass Integration nicht nur im Prinzip, sondern auch in der Praxis möglich ist. Dies könnte weitere Fortschritte vorantreiben und dazu beitragen, die Position dieser Länder in den Verhandlungen mit der EU zu stärken. Insbesondere könnten die Erfolge Moldawiens Staaten, die mit Schwierigkeiten oder einem Rückschritt in der Demokratie zu kämpfen haben, dazu anspornen, größere Anstrengungen zur Vertiefung der Beziehungen zu Europa zu unternehmen, und könnten auch zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit beitragen, was zur Bildung einer Einheitsfront zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen führen könnte.

Fortschritte bei den EU-Beitrittsverhandlungen als oberste Priorität der Außenpolitik der Republik Moldau

Die pro-europäischen Behörden der Republik Moldau unternehmen alle Anstrengungen, um kontinuierliche Fortschritte auf dem europäischen Weg des Landes zu erzielen. Dies spiegelt sich in der vollständigen oder teilweisen Erfüllung der Aufgaben wider, die zur Förderung der pro-europäischen Agenda festgelegt wurden. Durch seine Reformfortschritte erfüllte Moldau die Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, die im Juni 2024 auf der ersten Regierungskonferenz zwischen Moldau und der EU in Luxemburg stattfanden. Das Erreichen dieses Meilensteins ermutigte die Befürworter des pro-europäischen Kurses Moldaus, veranlasste aber auch Skeptiker, ihre Kritik an Moldaus Europakurs zu verstärken, und Russland, seine Bemühungen zu intensivieren, diesen zu untergraben. Infolgedessen waren die Präsidentschaftswahlen und das Referendum über den EU-Beitritt Moldaus im Jahr 2024 sowie die Parlamentswahlen im Jahr 2025 von einer beispiellosen externen

Einmischung in die demokratischen Prozesse des Landes, Versuchen zur Destabilisierung des Staates und einer verschärften innenpolitischen Konfrontation zwischen pro-europäischen und pro-russischen Kräften begleitet.

Vor diesem Hintergrund mussten die Behörden umfangreiche technische Arbeiten durchführen, um den Screening-Prozess zur Bewertung der Übereinstimmung der moldauischen Rechtsvorschriften und Verwaltungsstrukturen mit den EU-Standards einzuleiten und umzusetzen. Der EU-Moldau-Gipfel, der am 4. Juli 2025 stattfand, war ein wichtiger Schritt zur offiziellen Bestätigung der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

Er diente als Katalysator für eine einheitliche und synchronisierte Bewegung innerhalb der EU und war von historischer Bedeutung für die demokratische Zukunft der beteiligten Staaten. Am Ende des Gipfels gaben die Parteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die wichtigsten Prioritäten für die künftige Zusammenarbeit festlegten: Stärkung der Sicherheit und Verteidigung; wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung (einschließlich der Zuweisung der ersten Tranche in Höhe von 270 Millionen Euro durch die EU im Rahmen des Wachstumsplans für Moldau für 2025–2027); Annäherung Moldawiens an den EU-Binnenmarkt und Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes; Energiesicherheit und digitale Transformation; Grenzmanagement und Stärkung der regionalen Sicherheit.[\[5\]](#)

Das Verfassungsreferendum in Moldau, bei dem sich 50,38 % der Wähler für eine Verfassungsänderung aussprachen, um den europäischen Kurs des Landes als unumkehrbar und den Beitritt als strategisches Ziel des Landes zu verankern, fand in Verbindung mit den Präsidentschaftswahlen 2024 statt, aus denen die pro-europäische Präsidentin Maia Sandu als Siegerin hervorging. Zusammen sicherten das Referendum und die Wahlen Moldaus strategischen Weg zur EU-Mitgliedschaft. Die Behörden standen nun vor der Notwendigkeit, umfangreiche und komplexe Arbeiten zu erledigen, die sie mit beispielloser Entschlossenheit in Angriff nahmen. Der Überprüfungsprozess umfasste die Analyse von mehr als 100 000 Seiten nationaler Rechtsvorschriften und deren Vergleich mit dem umfangreichen EU-Recht (dem Acquis), was einen erheblichen Verwaltungs- und Expertenaufwand erforderte. Begrenzte Verwaltungskapazitäten und ein akuter Mangel an qualifizierten Fachkräften stellten zusätzliche Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verwaltung eines so umfangreichen und technisch anspruchsvollen Prozesses dar. Moldau gelang es, das Screening vor Beginn der Parlamentswahlen 2025 abzuschließen.

Erhebliche Anstrengungen führten zur Angleichung von mehr als 500 Rechtsakten an das EU-Recht.[\[6\]](#) Damit erreichte Moldau die erforderliche Bereitschaftsschwelle für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Im Wesentlichen liegt die Schwierigkeit des Screening-Prozesses für Moldau nicht in einer technischen Unmöglichkeit begründet, sondern vielmehr in den nachfolgenden Integrationsphasen, die tiefgreifende strukturelle Veränderungen unter Bedingungen begrenzter Ressourcen und anhaltender externer Herausforderungen erfordern werden.

Die Parlamentswahlen im September 2025 stellten eine dritte und letzte Bewährungsprobe für die demokratische Widerstandsfähigkeit Moldawiens dar. Sie

erwiesen sich als entscheidend für die Fortsetzung des europäischen Entwicklungsweges Moldawiens und die Verhinderung einer außenpolitischen Hinwendung zu Russland. Die Vision einer friedlichen, demokratischen und europäischen Zukunft überwog die sozioökonomischen Bedenken und wurde zum zentralen Motivationsfaktor, der die pro-europäische Wählerschaft vereinte.

Die Zusammensetzung des neu gewählten Parlaments sorgte für politische Sensibilität, da die fortgesetzte Vertretung großer pro-russischer Parteien die Fähigkeit der Legislative in Frage stellte, einen breiten Konsens zu erzielen und die Kohärenz ihrer Entscheidungsfindung aufrechtzuerhalten. Boykotte, Blockaden und Störungen der Parlamentssitzungen sind durchaus zu erwarten. Doch Moldau braucht jetzt eine starke und effektiv funktionierende Legislative, die in der Lage ist, die institutionelle Stabilität des Staates zu stärken und den Fortschritt des Landes auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft zu erleichtern. Strategische Kommunikation und das gemeinsame Streben nach optimalen Lösungen sind komplexe, aber unverzichtbare Aufgaben, während die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit nach wie vor von grundlegender Bedeutung sind, um das ordnungsgemäße Funktionieren der staatlichen Institutionen und die Einhaltung demokratischer Normen zu gewährleisten.

Externe Herausforderungen und Sicherheitsbedenken sind für Moldau weiterhin von größter Bedeutung. Um diese anzugehen, sind umfassendere und pragmatischere Ansätze erforderlich, auch seitens der europäischen Partner des Landes. Ohne externe Hilfe wird Moldau seine Sicherheits- und Verteidigungsherausforderungen nicht bewältigen können. Der entsprechende Verhandlungspunkt ist in vielerlei Hinsicht einer der entscheidendsten für Moldau, da er in direktem Zusammenhang mit der Wahrung der territorialen Integrität Moldaus und seiner Fähigkeit zur Aufrechterhaltung einer stabilen demokratischen Entwicklung steht.

Eine neue Ebene der Interaktion mit der EU: Erwartungen an die Realität anpassen

Während Moldau auf die offizielle Eröffnung des Verhandlungsprozesses wartet, setzt es seine Reformen fort und passt nationale Programme und Pläne an die neuen Bedingungen und Anforderungen an. Trotz der im Bericht der Europäischen Kommission festgestellten Fortschritte und der Erfüllung der Bedingungen für die Eröffnung von drei Verhandlungsklustern – *Grundlagen, Außenbeziehungen und Binnenmarkt* – sind weitere Reformen in diesen Bereichen nach wie vor erforderlich. Die Umsetzung der Grundprinzipien und Werte bleibt eine Herausforderung für Moldau, das angesichts des starken Widerstands durch fest verwurzelte Korruptionsnetzwerke, politischer Fragmentierung und einer starken Polarisierung sowie eines komplexen geopolitischen Umfelds nach wie vor Schwierigkeiten hat, die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten. All diese destruktiven Tendenzen können zu ernsthaften Hindernissen im Verhandlungsprozess mit der EU werden, da die Einhaltung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit ein entscheidendes Kriterium für die Mitgliedschaft ist.

Der Korruptionswahrnehmungsindex 2024 zeigt, dass Moldau einige Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption erzielt hat – es erzielte 43 von 100 Punkten (laut Transparency International lag Moldaus Durchschnittswert im Korruptionsindex im Zeitraum 1999–2024 bei 31,50 Punkten, wobei der Wert für 2024 der höchste und der

Wert für 2002 (*21,00) die niedrigste.[\[7\]](#) Dennoch bleibt Korruption ein systemisches Problem im Land, das das Vertrauen in staatliche Institutionen untergräbt und die Bemühungen um den Aufbau einer effektiven und unparteiischen Justiz behindert. Berichte über politischen Druck auf die Justiz und die Strafverfolgungsbehörden sowie über Übergriffe gegen die Opposition untergraben die Rechtsstaatlichkeit weiter.

Die Polarisierung der Gesellschaft führt zu anhaltender politischer Instabilität, wobei die politische Führung, die Opposition und ihre jeweiligen Anhänger in ständige Konfrontationen verwickelt sind, die oft mit gegenseitigen Vorwürfen von Rechtsverstößen und Machtmissbrauch einhergehen. Dies trägt zur weiteren Polarisierung der Gesellschaft bei und behindert darüber hinaus die kohärente Umsetzung von Reformen zur Stärkung der demokratischen Werte.

Ein weiterer Punkt, der besondere Aufmerksamkeit erfordert, ist die Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz, die für das Funktionieren eines fairen Rechtssystems von entscheidender Bedeutung ist. Moldau hat noch keine nennenswerten Fortschritte bei der Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit in das Justizsystem erzielt. Durch eine Aktualisierung der Disziplinarvorschriften wurden jedoch notwendige Klarstellungen hinsichtlich der Fristen und Verfahren für die Aufsicht vorgenommen. Die Bemühungen, Gerichtsverfahren durch digitale Instrumente zu beschleunigen, haben zu einer Verringerung der Verzögerungen in den Gerichtsverfahren geführt. Durch schrittweise Reformen wird die Autorität der selbstverwalteten Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, wie des Obersten Richterrats und des Obersten Staatsanwaltsrats, gestärkt. Es wurde eine spezialisierte Antikorruptionskommission eingerichtet, um die Bearbeitung von Korruptionsfällen, die von der Staatsanwaltschaft an die Gerichte verwiesen werden, zu beschleunigen und somit als wirksamer Mechanismus zur Beschleunigung der Rechtspflege zu dienen.

Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Fortschritte bei der Verfolgung von Fällen hochrangiger Korruption. Infolge der Reformen umfasst das Verfahren in solchen Fällen nun verbesserte Ermittlungsmöglichkeiten und eine verstärkte Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden. Die Bemühungen um ein faires Justizsystem stehen jedoch weiterhin vor Herausforderungen. Richter sind nicht immer völlig frei von politischer und administrativer Einflussnahme, was Fragen hinsichtlich der Objektivität gerichtlicher Entscheidungen aufwirft.

Die Einführung digitaler Instrumente für die Vermögenserklärung und die Registrierung von wirtschaftlichen Eigentümern hat sich ebenfalls positiv ausgewirkt, da sie die Transparenz erhöht und zur Verhinderung von Finanzdelikten beiträgt. Eine gezielte Strategie reduziert den Einfluss mächtiger Gruppen auf politische Entscheidungen und die Wirtschaft durch strengere Vermögensüberprüfungen, Vertragsüberwachung und die Kontrolle grenzüberschreitender Finanzströme.

Moldau stärkt die finanzielle Integrität durch das System der öffentlichen internen Finanzkontrolle (PIFC), das auf die Standardisierung der Risikobewertung und die Verbesserung der Betrugsaufdeckung abzielt.[\[8\]](#) Das einheitliche Projektportfolio des Finanzministeriums gewährleistet Transparenz bei öffentlichen Investitionen. Die erweiterte digitale Überwachung verdächtiger Transaktionen verstärkt die Bemühungen

zur Bekämpfung der Geldwäsche. Ein zentralisiertes Datenbanksystem wird die Finanzdaten aller Behörden konsolidieren und so die Aufsicht durch das Finanzministerium und die Kartellbehörden verbessern. Schließlich passt Moldau seine staatliche Beihilfepolitik an die EU-Wettbewerbsregeln an, die auf die Förderung eines fairen Wettbewerbs abzielen. Zu den Reformen gehören die Aktualisierung des Gesetzes über staatliche Beihilfen und die Verbesserung der Aufsicht über öffentliche Subventionen und staatliche Interventionen. Um diese Ziele zu erreichen, sind nicht nur technische Umsetzungskapazitäten, sondern auch eine effektive praktische Umsetzung erforderlich.

Herausforderungen bestehen auch in Bezug auf den Binnenmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sowie das Funktionieren und die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarktes, des Arbeitsmarktes, des privaten und insbesondere des Agrarsektors. Im Oktober 2024 verabschiedete die EU den Wachstumsplan für Moldau, ein Unterstützungspaket im Wert von 1,8 Milliarden Euro, das durch einen Finanzierungsmechanismus zur Umsetzung von Reformen und zur Förderung des Wirtschaftswachstums für den Zeitraum 2025–2027 unterstützt wird. Eine enge Koordinierung zwischen den nationalen Institutionen in Moldau ist von entscheidender Bedeutung, damit dieses umfassende Paket die größtmögliche Wirkung entfalten kann, da nur so die rechtzeitige Umsetzung der im Reformprogramm vorgesehenen Maßnahmen gewährleistet werden kann. Die Zuweisung der Mittel ist an dieses hohe Maß an Koordinierung geknüpft. Darüber hinaus muss die Verwaltung von Investitionsprojekten gestärkt werden, wobei auf die bewährten Verfahren der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zurückgegriffen werden sollte. Dies wird die Ressourceneffizienz verbessern und politische Begünstigungen minimieren, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass der Prozess der Projektauswahl und -umsetzung transparent und für eine breite Beteiligung offen bleibt.

Die Anfälligkeit des Privatsektors ist eines der größten Hindernisse für eine rasche Umsetzung des EU-Wachstumsplans, da sie eine schnelle Anpassung an neue Bedingungen und die Einführung von Strukturreformen erschwert. Zu den wichtigsten Schwachstellen zählen der begrenzte Zugang zu Finanzmitteln, die geringe Produktivität, der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und die Notwendigkeit, den Unternehmenssektor und seine Netzwerke zu modernisieren. Um diese Probleme anzugehen, sind Investitionen, Reformen und Unterstützungsmaßnahmen erforderlich, die darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit moldauischer Unternehmen zu stärken.

Eine wichtige Priorität für Wirtschaftsreformen ist die Reform der öffentlichen Finanzverwaltung mit dem Ziel, die Effizienz der öffentlichen Ausgaben zu steigern und die Haushaltspolitik zu stärken. Diese Reform muss die Umstrukturierung staatlicher Institutionen, die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen, eine Konsolidierung der Steuerbasis und die Verbesserung der Steuerverwaltung umfassen. Berechnungen und Prognosen deuten darauf hin, dass eine 30-prozentige Kürzung der Mittel für „allgemeine Maßnahmen“ im Staatshaushalt die Haushaltstransparenz verbessern dürfte.

Die Stärkung der öffentlichen Verwaltung ist von entscheidender Bedeutung, um bürokratische Ineffizienz zu minimieren und die institutionelle Effektivität zu verbessern. Die Umstrukturierung der dem Ministerkabinett unterstellten zentralen Regierungsstellen wird die Arbeit der Regierung optimieren und den öffentlichen Sektor effizienter und reaktionsfähiger machen. Die Einführung eines zentralisierten Informationssystems für das Personalmanagement wird die Einstellungs- und Verwaltungsprozesse für Beamte verbessern und ein transparenteres und leistungsorientiertes Einstellungssystem gewährleisten. Die Einführung einer einheitlichen Reform der Gehaltsabrechnung wird dazu beitragen, qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten und damit den anhaltenden Fachkräftemangel im öffentlichen Sektor zu beheben. Eine verbesserte Verwaltung öffentlicher Investitionen und die Einführung von Schutzmaßnahmen zur Sicherung der Schuldentragfähigkeit sind für die Erreichung der Haushaltsstabilität von entscheidender Bedeutung. Die Erhöhung des Anteils der öffentlichen Investitionsausgaben auf 90 % der Haushaltsmittel bis 2027 wird die Effizienz groß angelegter Investitionsprojekte verbessern und die Modernisierung der Infrastruktur beschleunigen.

Angesichts der begrenzten Fortschritte im Bereich der Verwaltungsführung und der Bedeutung der Verwaltungsreform ist dies ein weiterer Bereich, der besondere Aufmerksamkeit erfordert. Die Landwirtschaft und die Umwelt gehören in dieser Hinsicht nach wie vor zu den am stärksten gefährdeten Bereichen. Auch bei der Regulierung der Regionalpolitik sind noch erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Fragen der Außenbeziehungen und der Sicherheit, insbesondere im Zusammenhang mit dem Transnistrien-Konflikt und dem Krieg im benachbarten Ukraine, erschweren die systematische Umsetzung von Reformen und die Erfüllung der Voraussetzungen für Fortschritte im Verhandlungsprozess zusätzlich. Das Fehlen einer koordinierten Position zu Transnistrien sowie der Mangel an nennenswerten Fortschritten bei der Wiedereingliederung und der Wiederherstellung der Rechtsordnung Moldaus in Transnistrien stellen ein ernsthaftes Hindernis für den Fortschritt Moldaus auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft dar.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Somit steht Moldau nach wie vor vor Herausforderungen in Bereichen, die besonders anfällig und schwer zu reformieren sind, und muss diese angehen, um mit der pragmatischen und wirksamen Umsetzung der vor ihm liegenden Aufgaben fortzufahren. Gleichzeitig bleiben Fortschritte bei den EU-Beitrittsverhandlungen die oberste Priorität der Außenpolitik der Republik Moldau. Für den Erfolg der Außenpolitik ist es unerlässlich, dass die innenpolitischen Reformen und das Wirtschaftswachstum gestärkt werden, damit Moldau die europäischen Chancen voll ausschöpfen und zu einer echten Erfolgsgeschichte unter den Ländern der Östlichen Partnerschaft werden kann.

Da die endgültige Entscheidung über den Beitritt Moldaus zur EU die Einstimmigkeit aller EU-Mitglieder erfordert, sind die Erwartungen an Synergien zwischen den EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Erweiterung in Moldau in der Tat hoch. Durch die konsequente Fortsetzung seines europäischen Weges strebt Moldau danach, eine

europäische Erfolgsgeschichte zu werden und seinen „europäischen Traum“ zu verwirklichen. Die trotz vieler Herausforderungen erfolgreiche Erfüllung der technischen Voraussetzungen könnte jedoch zu einer etwas illusorischen Sichtweise auf die Aufnahme der Verhandlungen führen, was die Erwartungen an die praktische Umsetzung der Cluster betrifft. In dieser Situation ist es notwendig, die Anstrengungen auf die Erzielung greifbarer Ergebnisse des Reformprozesses zu konzentrieren. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass die EU das Recht hat, den Verhandlungsprozess auszusetzen, wenn keine angemessenen Ergebnisse erzielt werden. Dies könnte die festgelegten Zeitpläne verzögern und den Reformprozess verlängern. Um solche Rückschläge zu vermeiden, werden die folgenden **Empfehlungen** als wichtig erachtet:

- Die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der demokratischen Regierungsführung muss zu einer entscheidenden Aufgabe für die moldauischen Behörden werden. Die Wirksamkeit demokratischer Institutionen sollte eine innenpolitische Priorität sein und als einigende Kraft innerhalb der Gesellschaft und des Staates dienen, unabhängig von den politischen Differenzen zwischen der Regierungspartei und der Opposition.

- Eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor ist notwendig und erfordert eine Abkehr von der bisherigen Politik der selektiven Interaktion. Es ist wichtig, sicherzustellen, dass alle Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors gleichen Zugang zu partizipativen Prozessen erhalten. Dies wird die Stabilität verbessern, die Widerstandsfähigkeit erhöhen und die Schaffung einer einheitlichen Front bei der Umsetzung der europäischen Agenda ermöglichen.

- Die Bereitschaft des Privatsektors, sich auf die bevorstehenden Veränderungen einzustellen und die sich bietenden Chancen voll auszuschöpfen, ist von entscheidender Bedeutung. Die Wirtschaft sollte im Voraus über die potenziellen Kosten für kleine und mittlere Unternehmen informiert werden. Die mechanische Umsetzung von EU-Vorschriften in nationales Recht ist hier nicht der richtige Ansatz; vielmehr wird eine kontinuierliche Unterstützung bei der Anpassung an neu eingeführte Standards erforderlich sein. Die Sicherstellung des Zugangs zu Finanzmitteln ist besonders wichtig, da kleine und mittlere Unternehmen oft Schwierigkeiten haben, Kredite und andere Finanzmittel zu erhalten, was ihr Wachstum und ihre Modernisierung behindert.

- Die bevorstehenden Gesetzesänderungen werden höhere Compliance-Kosten und einen verstärkten Wettbewerb mit sich bringen. Sie werden jedoch auch Chancen für den Zugang zu neuen Märkten, Mitteln und Finanzierungen, Technologien und Innovationen eröffnen. Angesichts der Tatsache, dass die Angleichung an EU-Standards komplexe und vielschichtige Folgen für Moldau haben wird, ist es wichtig, dass die europäischen Partner die Beratungsmechanismen für die Bereitstellung von informativer und technischer Unterstützung für moldauische staatliche Institutionen und private Unternehmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften sowie Sensibilisierungsmaßnahmen darüber, wie sie von diesen Veränderungen profitieren können, verstärken.

Bewährte Verfahren im Bereich der Finanzmarktunterstützung und Finanzkontrolle sind von entscheidender Bedeutung. Die von der deutschen Regierung entwickelten Strategien und Verfahren sowie die Unterstützung bei ihrer Umsetzung, die auf die Besonderheiten Moldawiens und die Anforderungen der EU zugeschnitten sind, würden dazu beitragen, ein widerstandsfähigeres Finanzmarktumfeld zu schaffen.

[1] Internationaler Warenhandel der Republik Moldau im Dezember 2024 und 2024. Nationales Statistikamt der Republik Moldau // https://statistica.gov.md/en/international-trade-of-goods-of-the-republic-of-moldova-in-9539_61660.html;

Internationaler Warenhandel der Republik Moldau im September 2025. Nationales Statistikamt der Republik Moldau // https://statistica.gov.md/en/international-trade-of-goods-of-the-republic-of-moldova-in-9539_62087.html

[2] Die EU und Moldau. Oktober 2024 // https://old.gov.md/sites/default/files/the-eumoldova-factsheet-2024_en.pdf

[3] Moldawier sparten im ersten Monat nach dem Beitritt Moldawiens zum SEPA 1,4 Millionen Euro an Überweisungsgebühren // <https://eu4moldova.eu/en/moldovans-saved-e1-4-million-in-transfer-fees-in-the-first-month-after-moldova-joined-sepa/>

[4] Moldawien ist nun an SEPA angeschlossen: Euro-Zahlungen zu denselben Bedingungen wie in der EU // <https://euneighbourseast.eu/news/latest-news/moldova-now-connected-to-sepa-euro-payments-on-the-same-conditions-as-in-the-eu/>

[5] Gemeinsame Erklärung nach dem ersten Gipfeltreffen zwischen der Republik Moldau und der EU, 4. Juli 2025, Chisinau, Republik Moldau // https://www.consilium.europa.eu/media/3t3l1gjs/eu-moldova-summit-declaration_20250704.pdf

[6] Moldau hat das Screening in Brüssel abgeschlossen. Stellvertretender Ministerpräsident: Seien wir stolz auf unser Land // <https://ipn.md/en/moldova-has-completed-the-screening-in-brussels-deputy-prime-minister-lets-be-proud-of-our-country/>

[7] Korruptionswahrnehmungsindex. Moldawien 2024 // <https://www.transparency.org/en/countries/moldova>

[8] Reformagenda im Rahmen des Wachstumsplans der Republik Moldau für die Jahre 2025-2027 // https://mded.gov.md/wp-content/uploads/2025/05/Agenda-_260-en.pdf